

Zum Inhalt des Rundbriefes Nr. 746 vom 14.03.2019

Editorial: Wenn Meinungsfreiheit an den Pranger kommt

Liebe Leser,

vielen Dank für die qualifizierten Wortmeldungen u.a. zu Vorgängen wie die unsinnige „Umbenennung der Landsmannschaft Westpreußen in „Westpreußische Gesellschaft“, zum Thema „Politische Überprüfung zu den Gemeinderatswahlen in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz (EKBO)“ am 03. November 2019“. Diese Information war selbst eifrigen Kirchengängern und Aktivisten in den Gemeinden nicht allgemein bekannt (s. S.xx).

Es ist erst einmal nicht verwerflich, wenn sich Mitglieder der Evangelischen Kirche Gedanken darüber machen, wer für den eigenen Gemeindefkirchenrat eine Bereicherung darstellt. Im Allgemeinen wird man dabei darauf achten, eine bunte Mischung von sachverständigen Kandidaten zu finden, die zu Rechtsfragen, Finanzhaushalt, Bauwesen, Stadtplanung, Theologie u.a.m. etwas beitragen können. Ein Querschnitt der Gemeinde sollte selbstverständlich ein. Nur „Nicht-Rechte“ im Gemeinderat? Wie „langweilig“! Sicherlich spielt auch die Verträglichkeit im täglichen Umgang eine Rolle. Aber es geht einfach nicht, dass in der Palette politischer Meinungen – bei Anwendung des unsinnigen Kästchendenkens – allein in eine Richtung „ermittelt“ wird: alles gegen „Rechts“, nichts in Richtung des übrigen Spektrums der gesellschaftlich-politischen Meinungen. Mit anderen Worten: wenn irgendwo Autos angezündet werden, ist das in erster Linie ein Verbrechen, wer das mit irgendwelchen Ideologien begründet, gehört in die „Klasmühle“ (kein Nazi-Begriff!), auf die Liege eines Psychiaters! Unser menschliches Zusammenleben wird klar davon bestimmt, dass wir uns die Menschen aussuchen, mit denen wir umgehen wollen und können, das fängt in der Familie u.a. mit der Partnerwahl an, und geht weiter bis zu den Nationen und Staaten die sich diejenigen aussuchen, mit denen sie gestalten wollen (lacht da jemand?). Bekannt ist uns noch die Bezeichnung „Bruderstaaten“, die 1963 in der Tschechoslowakei den Sozialismus retteten: „Brüder kann man sich nicht aussuchen, Freunde i.d.R. ja“! Ha, ha!

Unser Landsmann Dr. Christian. Tietze, Heimatkreisvertreter für Kulm, im Berufsleben Staatsanwalt und später Oberstaatsanwalt, hat kein Verständnis für die Äußerung der Funktionsträgerin der Landsmannschaft Westpreußen e.V. (keine Angehörige der Berliner Gruppe!), die eine Mitgliedschaft ihrer Tochter in der Landsmannschaft Westpreußen für deren Karriere als künftige Staatsanwältin für schädlich hält (*siehe Seite 50*). Ich kenne Herrn Dr. Tietze als großartige Persönlichkeit und weiß um seine Verdienste für Westpreußen in seinen dienstlichen Funktionen. Ich weiß nicht ob die Fälle vergleichbar sind, da ich die junge aufstrebende Tochter der Landsmännin und auch ihr dienstliches Umfeld nicht kenne. Ich gebe aber auch zu bedenken, dass – siehe oben der Bericht über die Evangelische Kirche – der gesellschaftliche Druck, der einen jungen Menschen auch in seiner beruflichen Laufbahn begleitet, nicht gering sein muss. Ich selbst habe das erfahren, wie viele andere vor, neben und nach mir: nicht nur in der Familie, nicht nur in der Kirche und anderswo, ist es besser, auch 'mal die Klappe zu halten. Wer bereits etabliert ist, hat es einfacher, solchen Anmaßungen der Umwelt, Widerstand zu leisten.

Ein Beispiel will ich jedoch aus meiner Vereinsarbeit nennen: mein im letzten Jahr verstorbener Stellvertreter im Vorstand der AG Ostmitteleuropa, Prof. Dr. Udo Götze, war



Seite 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 747 vom 04.04.2019

im Jahr 2000 als Veterinär Leiter seiner Abteilung in einem Berliner Bezirk. In seinem Dienstzimmer hatte er sich eine in den Schulen gebräuchliche Wandkarte der Provinz Pommern (Flemming-Verlag, Hamburg) aufgehängt (er zählte fälschlicherweise – muss ich bemerken – seinen Heimatort Preußisch Friedland zu Pommern und nicht zu Westpreußens). Da titelte eines Tages eine große Berliner Tageszeitung „Nazi-Geographie im Dienstzimmer“, übrigens unter voller Nennung des Namens und der Funktion von Prof. Dr. Udo Götze, während der Verfasser des Artikels sich hinter anonymisierenden Initialen verbarg. Ein Ergebnis dieser Diffamierung: für den Leitungsposten in dem kurz danach gebildeten Großbezirk (Verwaltungsreform in Berlin 2001) kam Prof. Dr. Udo Götze nun nicht mehr in Frage!

Mit dem zweiten oben angeschnittenen Thema muss ich mich nun das nächste Mal ausführlich beschäftigen. Vielleicht nutzt unser neuer, ungemein fleißige und kundige Bundesvorsitzender Prof. Dr. Erik Fischer die Zeit, zwischen Unsinn und Sinn von Umbenennungen, Mitgliedergewichtungen und „universellem Heimatrecht“ zu unterscheiden. Es wäre ihm und uns zu wünschen!

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Ihr Reinhard M. W. Hanke

